



ASIEN/MYANMAR - Religionsführer fordern „Beendigung der religiösen Gewalt und gemeinsames Engagement für die Entwicklung des Landes“

Yangon (Fidesdienst) – Vertreter der wichtigsten Religionen in Myanmar appellieren an das Land mit der Bitte um die Beendigung der Gewalt und den gemeinsamen Einsatz für den Aufbau einer „hoffnungsvollen Zukunft für das Land“: dies geht aus einer gemeinsamen Erklärung hervor, die dem Fidesdienst vorliegt. Die Verlautbarung wurde am Rande eines Treffens veröffentlicht, das vom US-amerikanischen Botschafter Derek Mitchell in Yangon in der Absicht organisiert worden war, einen Beitrag zur Beendigung der Ausschreitungen zwischen Muslimen und Buddhisten in den vergangenen Monaten zu leisten. Stellvertretend für die katholische Kirche nahm Erzbischof Charles Maung Bo an dem Treffen teil.

„Als Land haben wir eine Reise angetreten, auf der wir einer neuen Morgenröte der Hoffnung für unser Land entgegen gehen“, so Erzbischof Bo, der das Dokument mit anderen Religionsvertretern unterzeichnet, darunter auch der muslimische U Aye Lwin vom „Islamischen Zentrum in Myanmar“ und Sitagu Sayadaw für die Buddhisten. In der Erklärung fordern die Religionsvertreter die Einwohner des Landes auf „den Weg der Freundschaft zu beschreiten, der unser Land zum Wohlstand für alle führen wird“. Dabei erinnern sie auch an den von der Regierung eingeschlagenen Kurs der Öffnung gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft und der Reformen und würdigen deren Bemühen um „mehr Frieden und Harmonie“.

„Wir appellieren an die Mitglieder aller Religionen“, heißt es in dem Dokument, „denn der Frieden ist der einzige Weg für unser Land. Wir stellen mit großem Bedauern fest, dass der jüngste Konflikt zwischen den Religionen, der Verwüstung von Eigentum, den Tod Hunderter unschuldiger Männer und Frauen und die Vertreibung vieler Menschen mit sich gebracht hat, ein trauriges Ereignis für unsere Zivilisation ist, die für ihren tiefen spirituellen Reichtum und den Frohmut ihrer Menschen bekannt ist“.

Die Religionsführer betonten mit Nachdruck, dass „keine Religion den Hass lehrt“ und fordern die Gläubigen aller Religionen und Gemeinschaften auf „Hassreden gegen Mitglieder anderer Religionen zu vermeiden und warnen davor, dass „solche Konflikte den Reformprozess im Land beeinträchtigen könnten“. Das Volk brauche „Bildung, Gesundheit und Entwicklung“, die es nur geben könne, „wo ein Klima des gegenseitigen Respekts, der Achtung der Prinzipien der Einheit der Unterschiede und Toleranz herrscht“. Abschließend bitten die Religionsvertreter alle Religionsführer um die Veranstaltung von „Kundgebungen und Treffen zur Förderung der Harmonie zwischen den Religionen“. (PA) (Fidesdienst, 28/06/2013)